

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 156 (1990)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Beschaffung von Transportflugzeugen

Österreich verfügt über keine geeigneten Transportflugzeuge, die in Katastrophenfällen wirkungsvoll eingesetzt werden können. Dies war der Tenor der Aussagen von Verteidigungsminister Dr. Lichal und dem früheren Präsidenten der Caritas, Dr. Ungar, in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Juni. Aus diesen Überlegungen will Minister Lichal etwa zwei Transportflugzeuge mit einer Transportkapazität von je max. 10 Tonnen beschaffen.

In Evaluation stehen Flugzeuge aus Grossbritannien, Spanien und Italien mit einer Nutzlast von etwa 5 bis 10 Tonnen. Bisher wurden das Modell G. 222 von der Firma Aerialia sowie der Typ 146STA von British Aerospace vorgeführt.

Falls die dafür notwendigen Geldmittel aufgetrieben werden können, will man die zwei Transportflugzeuge noch in diesem Jahr beschaffen. TPM

Parlament will österreichische UN-Truppen in die Westsahara entsenden

Das österreichische Parlament hat im Juli mit grosser Mehrheit an die Bundesregierung appelliert, die Umsetzung der Friedenspolitik der Vereinten Nationen zur Lösung des Westsahara-Konfliktes politisch und diplomatisch zu unterstützen. Österreich soll nach dem Willen seines Nationalrates die Aufstellung von UN-Friedenstruppen für diese Krisenregion finanziell und personell unterstützen.

Im Verteidigungsministerium in Wien gibt man sich jedoch eher vorsichtig, obwohl man die grundsätzliche Bereitschaft für ein derartiges Anliegen hervorhebt. Denn bereits

jetzt befinden sich zwei österreichische Bataillone im Dienst der Vereinten Nationen, eines auf Zypern und eines auf den Golanhöhen mit zusammen etwa 1000 Mann. Dazu kommt eine Anzahl von UN-Beobachtungsoffizieren. Trotzdem prüft man derzeit die Bereitschaft von Freiwilligen für einen möglichen weiteren Einsatz. Die Bereitschaft von Beobachteroffizieren dürfte primär kein Problem darstellen, obwohl sie in der Regel der aktiven Truppe in Österreich abgehen würden. Dagegen dürfte die Aufstellung mehrerer Kompanien, zudem im Bereich des spezifischen Fachpersonals, Schwierigkeiten mit sich bringen, meint man im Verteidigungsministerium. TPM

«Nationaler Sicherheitsrat» angeregt

Angesichts der derzeit herrschenden Diskussionen um die österreichische Landesverteidigung wurde in innenpolitischen Kreisen der Ruf nach Bildung eines Gremiums, das Parlament und Regierung in Fragen der militärischen Landesverteidigung sachkundig und wissenschaftlich untermauert beraten kann, laut. Man denkt an eine Art «Nationaler Sicherheitsrat», der die Aufgabe hat, eine eingehende Analyse der Entwicklung in Europa laufend vorzunehmen. Daraus sollen dann Ableitungen für die Sicherheitspolitik Österreichs durchgeführt und die Anforderungen an die österreichischen Streitkräfte definiert werden. Mit einem professionell und kontinuierlich arbeitenden Gremium könnte sichergestellt werden, dass die militärische Landesverteidigung im Verbund behandelt und nicht als vordergründiges Problem der Innenpolitik abgetan wird. TPM

Finnland

An der geplanten Kampfflugzeugbeschaffung wird festgehalten

Angesichts der sensiblen politisch-wirtschaftlichen Lage

allein die Lage in den Baltischen Staaten im Vordergrund steht.

Wie der Direktor des «Finnischen Instituts für Internationale Politik», Paavo Lipponen, erklärte, gebe es derzeit noch keine Anzeichen für eine umfassende Veränderung der militärischen Lage in Nordeuropa. Der finnische Ministerpräsident begrüßte gleichfalls, dass überhaupt kein Anlass zu einer Korrektur der finnischen Neutralitätspolitik und der damit verbundenen eigenen Verteidigungsanstrennungen bestehe.

Einmal mehr wird von finnischer Seite betont, dass die seit langem geplante Flugzeugbeschaffung (siehe auch ASMZ 1/89) gemäss Zeitplan erfolgen soll. Der Typenentscheid soll nach eingehender Prüfung und Marktforschung bis spätestens Mitte 1992 fallen. Im Rennen liegen immer noch der amerikanische F-16, die französische Mirage 2000 und die schwedische JAS-39 Gripen. Nach

neusten Informationen soll heute – wahrscheinlich aus finanziellen Gründen – am ehesten die Beschaffung des amerikanischen Mehrzweck-Kampfflugzeugs F-16 im Vordergrund stehen. Der schwedische Gripen dürfte infolge der nun eingetretenen Verzögerungen bei den Flugerprobungen aus zeitlichen Gründen endgültig ausser Betracht fallen.

Für die Modernisierung der finnischen Luftverteidigung sind Aufwendungen im Gesamtbetrag von 10 Milliarden Finnmark (zirka 3 Milliarden Franken) vorgesehen. Geplant ist eine wenigstens teilweise Ablösung der im Einsatz stehenden J-35 Draken und der MiG-21bis aus sowjetischer Produktion.

Finnland verfügt gegenwärtig über drei Geschwader Abfangjäger, davon sind zwei mit Draken (je 41 Flugzeuge) und ein Geschwader mit MiG-21 (25 Flugzeuge) ausgerüstet. Für die Ausbildung stehen 38 Mk-51 Hawk zur Verfügung. hg

Niederlande

Zu den vorgesehenen Streitkräftereduzierungen

Bereits zu Beginn dieses Jahres hat das niederländische Parlament im Bereich des Verteidigungsministeriums massive Kürzungen vorgenommen. Beslossen wurde eine generelle Kürzung der Verteidigungsausgaben um 15 Prozent, und falls sich die internationale Lage weiter verbessert, sollen bis zum Jahre 1994 weitere 2,2 Milliarden Gulden (1,8 Milliarden Schweizer Franken) eingespart werden.

Die sehr weitgehenden Sparpläne haben auch einen spürbaren Personalabbau im Verteidigungsministerium und bei den Streitkräften zur Folge. Kürzlich ist nun bekannt ge-

worden, dass bis zum Jahre 2000 – immer vorausgesetzt, dass die Entspannung in Europa weitergeht – die Landstreitkräfte um 35 Prozent, die Luftstreitkräfte um 30 Prozent und die Marine um 25 Prozent verringert werden sollen.

Die angekündigten Massnahmen werden nun von den linken Parteien in den Niederlanden dazu benutzt, um eine Abschaffung des obligatorischen Militärdienstes zu verlangen. Verteidigungsminister Teer Beek will allerdings am Obligatorium weiterhin festhalten. Ende dieses Jahres soll ein «Weissbuch» vorgelegt werden, worin die neue holländische Verteidigungskonzeption dargelegt wird. Folgende wesentliche Aspekte sollen darin berücksichtigt werden:



in Europa hält es Finnland nicht für angebracht, Abstriche bei den Verteidigungsanstrennungen zu machen. Sorge bereitet dabei insbesondere die instabile Lage in der Sowjetunion, wobei für Finnland vor

Schützenpanzer YPR der niederländischen Armee. Die verschiedenen Versionen dieses Kampffahrzeugs sollen auch ohne Kampfwertsteigerung noch über Jahre im Einsatz verbleiben.

- Die angekündigten Reduktionen, die im Detail noch mit den in Wien erzielten Vereinbarungen abgestimmt werden müssen.
- Mehr Flexibilität bei der Zusammenarbeit mit anderen NATO-Streitkräften (Multinationale Truppen, gemeinsame Ausbildung usw.)
- Die Hauptanstrennungen der Streitkräfte sollen sich in Zukunft auf Verhinderung von Konflikten konzentrieren (Kontroll- und Verifikationsaufgaben usw.)

Die Sparmassnahmen haben auch unmittelbare Kürzungen im Bereich der Investitionen und Rüstungsbeschaffungen zur Folge. Alleine bei der holländischen Armee sind kurzfristig Einsparungen von 1,2 Milliarden Gulden vorzunehmen. Davon betroffen sind u. a. die seit langem geplanten Kampfwertsteigerungsprogramme für den Kampfpanzer Leopard 1 und den holländi-

schen Schützenpanzer YPR, die beide gestrichen worden sind. Zurückgestellt wurden die Beschaffungsprogramme für den Panzerabwehrhelikopter, die Einmann-Flab-Lenkwanne Stinger sowie für den neuen Schützenpanzer, der als Nachfolger der M-113 gedacht ist. Die holländische Luftwaffe hat in den nächsten Jahren 550 Millionen Gulden einzusparen. Bereits gestrichen worden ist die Beschaffung des operativen Flab-Lenkwanne-Systems Patriot sowie die Modernisierung von elektronischen Komponenten. Zudem soll die Zahl der Kampfflugzeuge F-16 gekürzt werden.

Am wenigsten Haare lassen müssen die holländischen Marinestreitkräfte, die Einsparungen von 460 Millionen Gulden vorzunehmen haben. Allerdings lassen auch hier die noch verfügbaren Mittel keine grösseren Neubeschaffungen (z. B. von Schiffen) mehr zu. hg



Der V/STOL-Flugzeugträger «Principe de Asturias» (Länge 196 m, Breite 24,4 m, Pistenbreite 29 m, 800 Mann Besatzung). Ein Harrier AV-8B ist auf dem Landeanflug.

Harrier überwachen. Diese dienen für grössere Distanzen; für mittlere Einsätze stehen die Boden-Luft-Raketen Standard der Fregatten zur Verfügung, während die Nahverteidigung

den Systemen Meroka 20 mm und dem SBROC überlassen wird. Bt

(Rivista Italiana Difesa 2/1990)

Spanien

Grupo Alfa: Kernstück der spanischen Marine

Seit einem Jahr ist der Flugzeugträger «Principe de Asturias» ausgeliefert, der zusammen mit den vier Fregatten der Klasse Santa Maria, einer bis zwei der Klasse Baleares, einem Versorgungsschiff sowie einem Tanker den GRUPO ALFA bildet. An Flugzeugen verfügt dieser Verband über AV-8A Harrier und AV-8B Harrier II, Heli SH-3H ASW und AEW sowie SH-60B LAMPS III. Es handelt sich somit um eine polyvalente Kampfgruppe, die offensive/defensive Aufgaben gegen Bedrohungen aus der Luft, vom Lande und von der See her lösen kann.

Ihr Hauptmerkmal ist ihre Integriertheit, wird sie doch aus einer einzigen Kommandozentrale dank den Data-Link-Systemen 11 und 14 befehligt. Dort laufen die Informationen der verschiedenen Sensoren auf den Einheiten zusammen.

Ihre Hauptaufgaben sind:

- der Sea Control in einem bestimmten Abschnitt in der Nähe der Iberischen Halbinsel, um den nationalen und alliierten Schiffsverkehr zu schützen,
- die direkte und indirekte Eskorte von Verbänden,
- die Unterstützung amphibischer Aktionen,

- U-Booten das Passieren der Meerenge von Gibraltar zu verwehren,

- die Unterstützung anderer Kampfgruppen mit amphibischen, Nachschub- und operativen Aufgaben, die aber über keine Flugzeugträger verfügen.

Die Kampfgruppe kann sowohl im Atlantik wie im Mittelmeer operieren. Die U-Boot-Abwehr wird in drei Bereichen geführt: 1. Bis 50 Meilen mit Sonar der Baleares-Fregatten und den ASW-Heli SH-3H. Es werden das System ASROC und Torpedos verwendet. 2. Zwischen 50 und 200 Meilen verwenden die Fregatten der Santa-Maria-Klasse das System TACTAS/LAMPS III, die Heli SH-60B die leichten Torpedos Mk-46. 3. Zwischen 200 und 300 Meilen werden landgestützte Flugzeuge eingesetzt.

Gegen Schiffe kämpfen Harpoon-Lenkwanne (bis 100 Meilen) der Fregatten und ab Flugzeugen, die einen Radius von 400 Meilen haben. Die Fregatten verfügen außerdem über 127- und 76-mm-Kanonen.

Bis auf eine Distanz von 350 Meilen kann die Flab gegnerische Flugzeuge entdecken. Tieffliegende Lenkwanne und andere Flugkörper sollten von den Heli SH-3A AEW aufgespürt werden, während die Radars die Einsatzräume der

Neue sicherheitspolitische Überlegungen

Ungarn will möglichst noch in diesem Jahr aus dem Warschauer Vertrag austreten. Dies bekräftigte der neue ungarische Verteidigungsminister, Lajos Für, anlässlich einer kürzlichen Presseorientierung.

Bereits jetzt will man sich nicht mehr an gemeinsamen militärischen Aktionen des WAPA beteiligen. Zudem bekräftigte Für, dass man auf ungarischem Territorium keinerlei gemeinsame Manöver mit ausländischen Streitkräften mehr erlauben werde. Auch sollen sich die Truppen der «Magyar Néphadsereg» in Zukunft nicht mehr an Übungen im Ausland beteiligen. Gegenwärtig sollen noch 18 ungarische Offiziere im Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte des WAPA tätig sein. Sie sollen ab sofort schrittweise zurückbeordert werden. Im ungarischen Verteidigungsministerium werden gegenwärtig auch Abklärungen getroffen, die eine Unterstellung der Grenzwache im Verteidigungsministerium vorsehen. Die rund 19 000 Mann dieser Truppe unterstehen heute dem Inneministerium.

Was den Import, respektive die Bewaffnung und Ausrüstung der ungarischen Armee betrifft, so will man bereits ab 1991 nicht mehr ausschliesslich östliches Kriegsmaterial, das

bisher entweder aus der Sowjetunion, aus der CSFR, DDR oder Polen stammte, beschaffen. Interessiert ist man vor allem an westlichem Kriegsmaterial, das günstig und in noch qualitativ gutem Zustand in den nächsten Jahren von den modernen Streitkräften ausgeschieden wird. Wie aus Ungarn weiter bekannt gegeben wurde, soll der sowjetische Truppenabzug der SGT planmäßig vorangehen. Bis Mitte Jahr wurde mehr als die Hälfte des hier stationierten Potentials abgezogen. Mehr als 300 sowjetische Militärzüge haben bisher Ungarn mit militärischer Ausrüstung, u. a. auch mit 400 Kampfpanzern, verlassen. Allerdings ist der Abzug auch mit etlichen Problemen verbunden. Insbesondere ist Ungarn mit der von den Sowjets geforderten Ablösungsumme nicht einverstanden. Für das zurückgelassene Material sowie die übergebene Infrastruktur forderte die UdSSR vorerst 5 Milliarden Rubel, ging jetzt aber bis auf 1,5 Milliarden Rubel zurück. Ungarn will allerdings überhaupt nichts bezahlen. Im Gegenteil, für die zurückbleibenden Schäden, die vor allem an der Umwelt und an Infrastruktureinrichtungen angerichtet wurden, wird von Ungarn eine entsprechende Vergütung verlangt, die die sowjetischen Forderungen gesamthaft übersteigen sollen. hg

DDR

Kampfpanzer T-72 der NVA; die DDR soll bereits zirka 600 Panzer T-54/55 verschrottet haben. Was geschieht mit diesen modernen Panzern?

Zur Lage in der Nationalen Volksarmee

Gemäss Informationen aus dem «Abrüstungs- und Verteidigungsministerium» der DDR soll die NVA bereits im Mai dieses Jahres mit der Umstrukturierung und der schrittweisen Redimensionierung seiner Streitkräfte begonnen haben. Die Ende des letzten Jahres noch rund 170 000 Mann umfassende Armee soll bis Ende 1992 personell auf einen Maximalbestand von 100 000 reduziert werden. Allerdings hat DDR-Minister Eppelmann erst kürzlich erklärt, dass die NVA bereits jetzt nur noch 98 000 Mann umfasse. Die Gründe dafür sind verschiedenartig (Reduktion der Wehrdienstzeit, die aktuelle wehrpsychologische Lage in der DDR, Austrittswelle bei den Berufsmilitärs, Aufbau eines Zivildienstes usw.). Vor Beginn des nun laufenden Abrüstungsprozesses soll die NVA über folgende Waffenbestände verfügt haben.

- 2600 Kampfpanzer,
- 7000 Schützenpanzer,
- 2500 Artilleriesysteme,
- 450 Kampf-, Schul- und Transportflugzeuge,
- 180 Heli und
- über rund 290 000 Tonnen Munition.

Darüber hinaus wurden zu Beginn dieses Jahres gezwun-

genermassen vom Ministerium für Staatssicherheit und von den Grenztruppen der DDR übernommen:

- 700 Schützenpanzer,
- rund 517 000 Infanteriewaffen und
- nochmals rund 14 000 Tonnen Munition

Das Hauptproblem, das sich gegenwärtig den DDR-Streitkräften stellt, liegt bei der Beisetzung der alten Waffen- und vor allem Munitionsbestände. Gemäss Planungen des «Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung der DDR» soll alleine die Vernichtung der riesigen Munitionsmengen mehrere Jahrzehnte beanspruchen und zudem, in Berücksichtigung der heutigen Entsorgungsmittel, etwa 3800 Arbeitskräfte erfordern. Es müssen also dringend neue Mittel und Möglichkeiten für eine auch ökologisch tragbare Lösung dieses Vernichtungsproblems gefunden werden. Natürlich wartet man auch hier auf eventuelle westliche Hilfe.

Gemäss den Plänen der heutigen DDR-Armeeführung soll die Nationale Volksarmee gegenwärtig in eine Ausbildungs- und Basisarmee (Präsenzarmee mit rund 40 Prozent des Gesamtbestandes) umfunktioniert werden. Durch eine vermehrte Mobilisierung von Reserven sollen die Streitkräfte im Krisen- oder Verteidigungsfalle auf die notwendige Gesamt-

stärke aufgestockt werden. Die Obergrenzen der Waffenbestände sollen – auch in Absprache mit den übrigen WAPA-Partnern – wie folgt festgelegt worden sein:

- 1060 Kampfpanzer,
- 2350 Schützenpanzer,
- 735 Artilleriegeschütze (Kaliber über 100 mm),
- 225 Kampfflugzeuge und
- 44 Kampfhelikopter.

In der BRD hat diese, als fragwürdig bezeichnete, Umwandlung der ostdeutschen Streitkräfte einiges Befremden ausgelöst. Viel eher könnte man sich nach Meinung der Bundeswehrführung mit einer

möglichst raschen Auflösung der NVA abfinden. Die Perspektiven der baldigen staatlichen Einheit, für die auch eine weitgehende Umwandlung der Bundeswehr in eine gesamtdeutsche Armee vorgesehen ist, mildern allerdings die praktischen Auswirkungen der in der NVA laufenden Umstrukturierungsmassnahmen. Allerdings bleibt die Frage offen, wie die verbleibenden Reste der NVA in den zukünftigen, von der Bundeswehr klar dominierten gesamtdeutschen Streitkräften integriert werden sollen. hg

WAPA

Ist der Warschauer Pakt noch lebensfähig?

Der «Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitiger Beistand» zwischen Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und der Tschechoslowakei wurde im Mai dieses Jahres 35 Jahre alt. Er ist nach dem Verlängerungsprotokoll vom 26. April 1985 mindestens noch bis zum Jahre 2005, für Parteien, die nicht ein Jahr vor Ablauf kündigen, sogar bis zum Jahr 2015 in Kraft.

Allerdings hat von den sieben Generalsekretären der kommunistisch-sozialistischen Staatsparteien, welche die Verlängerung unterzeichneten, nur Gorbatschow politisch überlebt.

Wie ist es heute um die Lebensfähigkeit des WAPA bestellt? Ist nach den politischen Umwälzungen in den WAPA-Staaten sogar mit einer Auflösung dieses Paktes zu rechnen? In diesem Zusammenhang ist allerdings zu beachten, dass neben dem multilateralen WAPA-Vertrag noch ein (fast) vollständiges System von Einzelbündnisverträgen der UdSSR mit jedem anderen der Satellitenstaaten untereinander besteht. Hierbei lassen sich verschiedene Generationen von Verträgen erkennen. Als ein solcher der letzten Generation besteht ein Vertrag der Sowjetunion mit der DDR vom 7. Oktober 1975. Dieser ist auf 25 Jahre – also bis zum Jahre 2000 – unkündbar abgeschlossen. Ähnlich verhält es sich mit den Verträgen der UdSSR mit den anderen Teilnehmerstaaten so-

wie auch mit den ebenfalls bestehenden bilateralen Beistandsverträgen dieser Staaten untereinander.

Im weiteren existieren derzeit noch vier Truppenstationierungsverträge zwischen der Sowjetunion mit Ungarn und der Tschechoslowakei einerseits und mit der DDR und Polen andererseits. Bei der ersten Vertragsgruppe (Ungarn und CSFR) entfällt bei der nun vorgesehenen Beendigung der Verträge jede Rechtsgrundlage für spätere Stationierungen sowjetischer Truppen in den betreffenden Ländern.

Ganz anders steht es mit den Verträgen der UdSSR mit der DDR und Polen: Hier stellt das Potsdamer Abkommen die Rechtsgrundlage für die sowjetische Anwesenheit dar.

Die eingangs gestellte Frage lässt sich zurzeit nur schwerlich beantworten. Der WAPA besitzt in Zukunft aber nur eine Lebensfähigkeit, wenn dem Bündnis eindeutig kooperative, gleichberechtigte Strukturen gegeben werden; eine Organisation und Kommandostruktur, bei der alle Teilnehmerstaaten gleichberechtigt sind. Möglicherweise kommen aber allfällige Reformbestrebungen bereits zu spät. Denn bereits setzen sich verschiedene Teilnehmerstaaten (z. B. Ungarn, die CSFR und auch die DDR) mit einem möglichst baldigen Austritt aus dem Bündnis auseinander.

Angesichts dieser Entwicklungen in Osteuropa erscheint bereits heute die Weiterexistenz des Warschauer Paktes ernsthaft in Frage gestellt. hg ■